Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM frei Haus, bei Postbestellung 1.[illegible] RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ist infolge höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises kein Anspruch. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff.

Nr. 236 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 10. Oktober 1939

Die Friedensfront

Immer dringender wird in aller Welt der Ruf nach Frieden, seitdem der Führer in seiner großen Reichstagsrede den Weg zum Frieden vorgezeichnet hat. Die Worte des Führers, so schlicht und klar, wie sie ausgesprochen sind, haben den tiefsten Eindruck hinterlassen und alle am Frieden interessierten Mächte zu verstärkter Friedensoffensive auf den Plan gerufen.

In vorderster Front kämpfen die Neutralen für die Wiederherstellung des Friedens und gegen die Pläne der Westmächte, das nationalsozialistische Deutschland durch einen Krieg in die Knie zu zwingen. Man ist sich klar darüber, daß die Auslöschung Polens eine vollendete Tatsache ist, an der nichts zu ändern ist, und man erkennt, welchen großen Nutzen die Neuordnung des osteuropäischen Raumes, wie sie Deutschland und Rußland in gemeinsamer Arbeit schaffen wollen, für Europa haben wird. Denn mit jedem Tage gewinnt die Welt mehr Abstand von dem Kriegsgeschehen in Polen und muß zugeben, daß dieses Staatsgebilde, das in Versailles aus der Taufe gehoben wurde, keine Lebensberechtigung hatte. Deshalb versteht man auch in aller Welt nicht, wenn die westlichen Demokratien für die Wiederaufrichtung dieses Polenstaates von Versailler Gnaden weiterkämpfen wollten.

Selbst in England und Frankreich gibt es im Volke wohl kaum viele Menschen, die eine Fortsetzung des Krieges, der schwere Opfer an Gut und Blut von allen fordern würde, begreifen könnten. Die französische Mutter, die im Weltkriege zwei Söhne ließ und jetzt vielleicht einen in der Maginotlinie liegen hat, wird sich fragen: Wozu liegt der Junge dort? Soll er vielleicht eines Tages anstürmen gegen den ehernen deutschen Wall? Soll er sein Leben lassen für einen leeren politischen Wahn irregeleiteter Politiker, die vorgeben, Deutschland vernichten zu müssen?

Der englische Grubenarbeiter in Wales, der für geringen Lohn sich abschuftet, um seine Familie zu ernähren, wird es ebensowenig begreifen, daß eine wilde Hetzpropaganda das Volk in den Krieg jagen will, etwa um des kleinen Großsprechers Polen willen, oder deshalb, weil den Drahtziehern in London die Regierung in Berlin nicht gefällt. Der Grubenarbeiter aus Wales hat andere Sorgen, und er würde es viel eher begreifen, wenn sich seine Regierung mit der Bergarbeiternot beschäftigte oder sich anderer Probleme im Lande annähme, die brennend sind und seit Jahr und Tag einer Lösung harren.

Wie der kleine Mann in Paris und der Arbeiter im englischen Kohlenrevier, so fragt auch der Bauer in Schweden vielleicht, was denn ein Krieg solle, ob es denn nicht wirklich besser wäre für die Völker, in Frieden und Eintracht zu leben, sich des Bauern und der Wirtschaft anzunehmen, statt sinnlos Menschenleben in den Tod zu jagen.

So ist es: Niemand begreift es, was ein Krieg im Westen für einen Sinn haben sollte. Wir Deutsche haben durch den Mund unseres Führers deutlich und klar der Welt bedeutet, daß wir den Frieden wollen, den Frieden, der uns das Lebensrecht läßt und die Ehre und den Lebensraum. Weshalb können sich London und Paris nicht zu dem Frieden bekennen, wo die ganze Welt mit Deutschland in Frieden leben will und kann? Hört doch, ihr Herren Politiker in der Downingstreet und am Quai d'Orsay, was z. B. der Südosten Europas zu der Führerrede zu sagen hat. Dort auf dem Balkan ist englisches Geld in Massen gerollt, haben französische Agenten sich schwer bemüht, die Staaten gegen Deutschland aufzubringen. Man hat keine Mühe und keine Kosten gescheut. Und welches ist der Erfolg? Das Wort des Führers, der erst wieder in seiner letzten Rede erklärt hat, daß die Grenzen mit Ungarn und mit Jugoslawien unveränderlich seien, hat mehr Gewicht als englische Wirtschaftskredite mit hohen Zinsen und französische Anleihen. Im Südosten Europas haben die Westdemokratien einen schweren Prestigeverlust zu verzeichnen. Staaten, deren sie bereits ganz sicher zu sein glaubten, sind ausgebrochen aus der antideutschen Front, bekennen sich heute zur unbedingten Neutralität und wollen gute Beziehungen zu Deutschland pflegen. Daß die Bemühung der jugoslawischen Regierung, die zwischen Budapest und Bukarest bestehende Spannung zu beseitigen, in kurzer Zeit gelungen ist, ist der beste Beweis dafür, daß die südosteuropäischen Staaten unbedingt den Frieden wünschen. Es ist gleichzeitig Deutschlands unbestreitbares Verdienst, diese Ecke Europas, die in einer früheren Epoche oft ein Gefahrenherd war, auf der Grundlage nachbarlicher Zusammenarbeit befriedet zu haben. Hier drückt sich deutlich für alle Welt die intensive Friedensarbeit der Achsenmächte Deutschland und Italien aus.

Somit ist der Beweis geliefert, daß Deutschlands Arbeit für den Frieden weit produktiver ist als die der Westmächte, die mit der Parole „Krieg dem Hitlerismus" dieses Deutschland vernichten wollen, nur weil es den Weltherrschaftsplänen der Westdemokratien mit seiner Friedensaktion im Wege steht.

Moskauer Warnung an die Kriegshetzer

Die „Iswestija" entlarvt die wirklichen Absichten der sogenannten Demokratien

Unter der Ueberschrift „Friede oder Krieg" bringt die halbamtliche Moskauer Zeitung „Iswestija" einen bedeutungsvollen Leitartikel, der sich einerseits mit dem Friedensprogramm des Führers befaßt und andererseits die wahren Absichten der Kriegshetzer in den sogenannten Demokratien schonungslos brandmarkt.

Das Blatt geht davon aus, daß der Krieg in Polen, wie niemand mehr bestreiten könne, jetzt zu Ende sei. Die Regierungen Deutschlands und der Sowjetunion stünden nunmehr vor der Aufgabe, Frieden und Ordnung auf dem Gebiet des früheren Polen wiederherzustellen.

Der unerhört rasche Verfall Polens, der am besten beweise, daß Polens staatlicher Organismus nicht lebensfähig war, hebe auch die Gründe für eine Fortsetzung des Krieges in Westeuropa auf. „Sogar Blinde können jetzt sehen, daß der polnische Staat in seiner früheren Gestalt und auf dem früheren Territorium nicht mehr wiederhergestellt werden wird." Deshalb könne eine Fortsetzung des Krieges in keiner Weise gerechtfertigt werden und sei nur als sinnloses Blutvergießen zu bezeichnen, während die Beendigung des Krieges den Interessen aller Völker entspräche.

In diesem Zusammenhang komme, so betont das Moskauer Blatt, dem Friedensprogramm, das der Führer in der Reichstagsrede vom 6. Oktober vorbrachte, eine hohe Bedeutung zu. Das Blatt schreibt darüber: „Die Vorschläge Hitlers können angenommen, abgelehnt oder der einen oder anderen Abänderung unterzogen werden. Aber es ist unmöglich, nicht anzuerkennen, daß sie auf jeden Fall eine reale und praktische Grundlage darstellen für Verhandlungen, die auf eine rascheste Beendigung des Krieges hinauslaufen würden."

Die neue Kriegsparole der Westmächte

Die „Iswestija" meint, das bisherige Echo, das die Rede des Führers in England und Frankreich hervorgerufen habe, lasse nicht darauf schließen, daß die Regierungen der Westmächte dem Friedensprogramm des Führers mit Verständnis begegnen wollten. Dort hätte man vielmehr ein neues Kriegsziel aufgebracht: die sogenannte „Vernichtung des Hitlerismus". Diese Absicht werde sogar als hauptsächliches und einziges Ziel des gegenwärtigen Krieges angegeben, demgegenüber die ursprüngliche Forderung der Wiederherstellung Polens sogar „bescheidenerweise" in den Hintergrund gerückt worden sei!

Mit bemerkenswerter Schärfe entlarvt das Moskauer Blatt dieses angebliche „Kriegsziel der Demokratien". Es wäre eine sinnlose und törichte Grausamkeit, Menschen deshalb zu vernichten, weil irgend jemandem deren Weltanschauung nicht paßt. Nur im finsteren Mittelalter hätte man Häretiker und Andersgläubige deshalb ausgerottet, und selbst damals ohne Erfolg, denn, so betont die „Iswestija", „mit Feuer und Schwert lassen sich keine Ideologien und keine Weltanschauungen ausrotten. Man kann den ‚Hitlerismus' lieben oder hassen wie jedes andere politische System. Aber für die ‚Vernichtung des Hitlerismus' Krieg führen — das heißt in der Politik eine verbrecherische Dummheit begehen"

Die Maske für die alten Weltherrschaftspläne

„Die Vernichtung des Hitlerismus" sei für die Westmächte nur eine Maske, um dahinter die bisherige Form ihrer Weltherrschaft aufrechtzuerhalten, um ihren riesigen Kolonialbesitz ungeteilt und ohne Berücksichtigung der deutschen Ansprüche im Interesse ihrer herrschenden Kaste auszubeuten. Hierin lägen die wahren Motive, welche die Regierungen Englands und Frankreichs für die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland bewegten.

„Der Versuch, das Friedensprogramm Deutschlands zu ignorieren", so schließt das Moskauer Blatt, „heißt die Verantwortung des Krieges auf sich nehmen und infolgedessen auch die Verantwortung für die Opfer und Zerstörungen, die mit dem Kriege verbunden sind."

Londoner Rundfunk zur „Iswestija"-Warnung

Der Londoner Rundfunk verzeichnet den Leitartikel der Moskauer „Iswestija" und sagt, Hitlers Friedensplan habe hierdurch eine starke Unterstützung erfahren. Der Londoner Rundfunk faßt den Inhalt des Artikels in dem lapidaren Satz zusammen, die Alliierten müßten jetzt den Krieg beenden, sonst würden sie die Verantwortung für seine Weiterführung tragen.

Die Bedeutung des Paktes UdSSR.—Lettland

Der lettische Außenminister über den Beistandspakt

Die lettische Presse brachte Ausführungen des lettischen Außenministers Munters über den Beistandspakt mit der Sowjetunion. Munters stellte am Beginn seiner Ausführungen fest, daß Polen kein Machtfaktor mehr in Osteuropa sei und zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich Freundschaft und Uebereinstimmung geschaffen worden sei. Diese Umstände hätten die baltischen Staaten in eine neue Lage und vor neue Probleme gestellt, die eine Klärung und Präzisierung verlangt hätten. Diese hätten zu den Verhandlungen in Moskau und dann zum bekannten gegenseitigen Beistandspakt zwischen Lettland und der Sowjetunion geführt. Die Form eines gegenseitigen Beistandspaktes sei gewählt worden, weil in ihr der Wunsch beider Staaten zum Ausdruck komme, den Frieden und den Status quo an der Ostsee aufrechtzuerhalten. Noch mehr bestätigt werde dies durch den Hinweis auf den Friedensvertrag und ebenso auf den Nichtangriffsvertrag zwischen den beiden Staaten und dem Artikel 5 des nun abgeschlossenen Abkommens, der unmißverständlich bestimme, daß die souveränen Rechte beider Staaten nicht berührt würden. Die der Sowjetunion gewährten strategischen Vorrechte würden in keiner Weise das normale Leben in Libau und Windau beschränken, da die entsprechenden Bezirke auf dem Wege der Vereinbarung genau festzulegen seien.

Zum Schluß hob der Minister die gleichzeitig mit dem Vertrag gemeinsame Erklärung hervor, die wichtig sei, da es sich bei ihr sozusagen um eine politische Ergänzung zu dem Vertrag handle. Sie enthalte gewisse politische Grundsätze, die auf vertraglichem Wege nicht so genau hätten formuliert werden können, die aber bei der Anwendung des Abkommens große Bedeutung besäßen. Diese Erklärung spreche von dem gegenseitigen Vertrauen und von der Möglichkeit der Zusammenarbeit, ungeachtet der Verschiedenheit der Staatsordnungen. Eine derartige Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit habe auch bei den Verhandlungen geherrscht. Ohne einer weitgehenden Betrachtung des Beistandspaktes vorauszueilen, wolle er, Munters, doch unterstreichen, daß dieser den Frieden und die Sicherheit stärken werde, und daß er den politischen Realitäten entspreche.

Zwischenbericht über die russisch-litauischen Verhandlungen

Zwei Mitglieder der nach Moskau entsandten litauischen Delegation, Vizeministerpräsident Dr. Bizauskas und Armeechef Rastikis kehrten am Montag nach Kowno zurück, um der Regierung über den Verlauf der russisch-litauischen Verhandlungen Bericht zu erstatten. Am Dienstag fahren sie wieder nach Moskau.

Finnischer Sonderbeauftragter fährt nach Moskau

Der finnische Staatsrat Paasikivi reist in der Nacht zum Dienstag als Sonderbeauftragter der finnischen Regierung mit einem kleinen Stab nach Moskau zu den Verhandlungen mit der Sowjetregierung ab.

Shaw schlägt vor, den Churchillismus zu vernichten

Die englische Zeitschrift „Statesman and Nation" veröffentlicht einen Artikel Bernard Shaws, der zunächst in seiner sarkastischen Art die Beschlagnahme von Häusern und Wohnungen, die Schließung der Theater und Hotels usw. in England geißelt. Beschwere man sich aber darüber, so sagt Shaw, dann werde einem gesagt, alle müßten Opfer bringen, daß man überall Gasmasken trage und höchst unpraktische Vorsichtsmaßnahmen gegen Explosivgeschosse und Giftgas ergreife.

„Ihr sagt uns, entschlossen und fest zu sein, aber wir können nicht entschlossen und fest für nichts sein, wofür leiden wir? Worin sollen wir entschlossen und fest sein? Worum in des Teufels Namen geht es jetzt, wo wir Polen haben fallen lassen?"

Shaw sagte sodann, Chamberlain und Churchill hätten als Kriegsziel angegeben, den Hitlerismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Aber warum nicht zuerst mit der

Vernichtung des Churchillismus

beginnen? Dieser Vorschlag ist weniger unsinnig und für uns leichter zu erreichen. Aber man sagt uns, wenn wir Hitler nicht nach St. Helena schicken, er demnächst die Schweiz, Holland, Belgien, England, Schottland, Irland, Australien, Neuseeland, Kanada, Afrika und schließlich die ganze Welt annektieren werde und daß Stalin ihm dabei helfen werde. Ich muß darauf erwidern, daß Leute, die derartiges reden, sich vor ihrem eigenen Verstand fürchten. Stalin wird darauf achten, daß niemand, nicht einmal wir Hochwohlgeborenen, etwas dieser Art tun. Und Roosevelt wird erstaunt sein, daß er in dieser Angelegenheit gänzlich Stalins Meinung ist. Sollten wir nicht besser warten, bis Hitler diesen Versuch macht und ihm dann mit Unterstützung Stalins und Roosevelts Einhalt gebieten.

Shaw greift sodann den Erzbischof von York wegen seiner Ansprache an, um zu folgender Forderung zu gelangen:

„Unsere Aufgabe ist es jetzt, mit Hitler Frieden zu schließen und mit der ganzen Welt, statt noch mehr Unheil anzurichten und unser eigenes Volk in dessen Verlauf zu ruinieren."

Wenn „Statesman and Nation" in einer Vorbemerkung auch von dem Inhalt des Shaw-Artikels abrückt, so ist es doch bezeichnend, daß das Blatt ihn trotz der Zensur ve-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF